

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6470

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6757

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6766

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6767

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6768

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6769

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6770

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6771

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/6710

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6772

zweite Lesung

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Klein das Wort. Bitte schön.

Volkmар Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann zu Beginn ankündigen, dass wir dem Haushaltsgesetzentwurf erwartungsgemäß zustimmen werden,

(Beifall von der CDU)

weil wir damit im Interesse Nordrhein-Westfalens Seite an Seite mit den Sparkassen, den Kommunen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WestLB handeln.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das wird sich zeigen, Herr Kollege!)

Das ist im Übrigen auch das Ergebnis der Expertenanhörung zu diesem Gesetzentwurf. Alle Experten haben uns mit auf den Weg gegeben, dass es zu dem geplanten Risikoschirm überhaupt keine Alternative gibt.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Würden wir diesem Risikoschirm nicht zustimmen, der noch unter dem Parlamentsvorbehalt steht, würde er rückwirkend unwirksam und die Bank erneut in der existenziellen Krise stecken, aus der wir sie nun gemeinsam dringend herausholen müssen. Denn zum einen sind wir Miteigentümer der WestLB. Darüber hinaus müssen wir es aber auch aus Sorge um die nordrhein-westfälische Volkswirtschaft insgesamt tun.

Gegenüber dem Vorgehen zum Beispiel der Bundesregierung bei der IKB, aber auch gegenüber dem Vorgehen der Eigentümer anderer Landesbanken und Banken insgesamt, die sich in ähnlichen Schwierigkeiten befinden, bietet dieses gemeinsame Vorgehen der Eigentümer der WestLB – also der Sparkassen, der Landschaftsverbände und der Landesregierung – entscheidende Vorteile: Die Risiken werden schnell ausgelagert. Damit kommt die Bank aus dem Feuer, und der Fokus kann wieder auf das operative Geschäft und dessen Neuausrichtung gelegt werden. Zudem müssen die Eigentümer nicht schon am Anfang für Liquidität sorgen.

Genau deswegen möchte ich in Erinnerung rufen, dass das „Handelsblatt“, eine der führenden Wirtschaftszeitungen in Deutschland, am 3. April 2008 dieses Konzept als Blaupause zum Umgang mit solchen Problemen auch für andere Landesbanken bezeichnet hat. Das liegt einfach daran, dass es unter den gegebenen Umständen die eleganteste und unkomplizierteste Lösung ist.

Über die zugegebenermaßen äußerst komplizierten Gesamtzusammenhänge hat die Landesregierung in einer, wie ich meine, wirklich vorbildlichen und offenen Art und Weise im Parlament informiert. Besser und offener konnte man das nicht machen. Das war aber auch richtig, denn diese Bank braucht jetzt einen möglichst breiten Konsens.

Jenseits der bisherigen Einlassungen im zuständigen Fachausschuss möchte ich an dieser Stelle

noch einmal alle dazu aufrufen, wirklich gemeinsam zu handeln. Dafür gibt es auch schon Beispiele. So haben in der Landschaftsversammlung Rheinland alle zugestimmt, auch Ihre Fraktionskollegin Frau Asch, lieber Kollege Groth.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Unter Zwang!)

In der Sparkasseverbandsversammlung haben die Vertreter aller Fraktionen diesem Risikoschirm zugestimmt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist eher das Ergebnis von Erpressung! Gegenruf von Winfried Schittges [CDU] – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Da sieht man es wieder!)

– Gleich Erpressung zu unterstellen, wenn jemand zu einem anderen Ergebnis kommt, damit wäre ich ganz vorsichtig. Unparlamentarisch sind solche Zwischenrufe meiner Meinung nach auch.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für richtig, dass sich alle noch einmal Gedanken über ihre Gesamtverantwortung machen. Dafür gibt es im Übrigen Vorbilder in der Vergangenheit. Einen ähnlich strukturierten Fall hat die damalige Opposition durch die Haushaltsgesetze immer mitgetragen, als nämlich Nordrhein-Westfalen eine Garantie für die Werthaltigkeit des WestLB-Anteils in den Büchern der NRW.BANK abgab. Das haben wir alle – vor allem auch die damalige Opposition – aus der Gesamtverantwortung für das Land gemeinsam beschlossen.

Deswegen lautet mein Appell, sich das noch einmal zu überlegen und eventuell der Bitte der gemeinsamen Erklärung der drei kommunalen Spitzenverbände sowie der beiden Sparkassenverbände in Nordrhein-Westfalen zu folgen, die uns mit Datum vom 29. April 2008 als schriftliche Stellungnahme 14/1874 zur Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss vorliegt. Dort heißt es:

„Zum Abschluss möchten wir noch einmal betonen, dass es aus unserer Sicht zu der jetzt zwischen den Aktionären der WestLB AG vereinbarten Risikoabschirmung keine ernsthaft in Betracht zu ziehende Alternative gibt. Vor diesem Hintergrund würden wir es begrüßen, wenn der Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Landtag dem Gesetzentwurf zustimmen würden.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Zum Abschluss meines Beitrags möchte ich nur noch ganz kurz auf die Anträge der Grünen hinweisen, zu denen ich bewusst nichts sage. Sie haben mich nämlich schon verwundert. In der heutigen Zeit, in der überall über Generationen-

ungerechtigkeit gesprochen wird, zu beantragen, die Verschuldung dieses Landes noch einmal um 700 Millionen € heraufzusetzen, um Wahlgeschenke zu verteilen, ist so grotesk, dass sich jeder weitere Kommentar erübrigt.

(Beifall von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Das ist die Fortsetzung grüner Politik!)

Vielleicht wäre es interessant, einmal bei der früheren „Kommission für eine nachhaltige Finanzpolitik in NRW“ der Fraktion der Grünen nachzufragen, die unter Vorsitz von Frau Prof. Dr. Färber getagt hat und die dazu aufgerufen hat, mehr an Generationengerechtigkeit und an Konsolidierung zu denken.

Mit diesen Anträgen wollen Sie offensichtlich zurück in den Schuldenstaat. Deswegen brauchen wir über diese Anträge überhaupt nicht weiter zu reden. Diese Anträge werden wir selbstverständlich ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die SPD-Fraktion erhält jetzt Frau Walsken das Wort. Bitte schön.

Gisela Walsken^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Klein, in der Situation, in der die WestLB vor der Wand steht, appellieren Sie jetzt an uns, alle gemeinsam die Verantwortung für die Versäumnisse der letzten zwölf Monate zu übernehmen. Dafür habe ich Verständnis.

Sie werden aber auch Verständnis dafür haben, dass wir an dieser Stelle nicht bereit sind, mit ins Boot zu gehen, und zwar aus folgendem Grund nicht: Als wir vor einem halben Jahr gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Lösung für die WestLB angeboten haben, nämlich die Entwicklung eines Geschäftsmodells für diese Bank, haben Sie gesagt: Das machen wir nicht mit. Das machen wir alleine. Das ist Chefsache. – Der Chef sitzt sonst hier. Jetzt ist er leider nicht da. Herr Dr. Rüttgers hat gesagt: Ich mache das alleine. Ich regele es für die Bank. Das ist schiefgegangen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Deshalb brauchen Sie heute in der Krise der Bank hier nicht dafür zu werben, dass wir jetzt mitmachen.

Vor 14 Monaten, als die WestLB-Krise begann – damals ging es um misslungene Börsenspekulationen; seinerzeit standen 600 Millionen € an –, haben wir gesagt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt sei, um zu überlegen, wie man die Bank neu aufstellen, wie man sie umstrukturieren und wie man ein Geschäftsmodell entwickeln kann. Denn es deutete sich bereits eine internationale Immobilienkrise an.

Herr Kollege Klein, damals lautete unser Vorschlag, umgehend das zu tun, was heute alle fordern, nämlich die vielen Landesbanken – immerhin haben wir sieben – zusammenzulegen, zu fusionieren und sinnvolle Modelle zu bilden. Das war damals unser parlamentarischer Vorschlag.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Sie haben erklärt, dass Sie dabei nicht mitmachen. Wir hatten damals eine überzeugende Perspektive, die da hieß: zusammen mit der Landesbank Baden-Württemberg eine neue Landesbank aufstellen, die sich um den Mittelstand kümmert und gute internationale Finanzprodukte hat. Herr Kollege Klein, dazu haben Sie gesagt: Das machen wir nicht. So etwas ist nicht nötig. Das ist alles Chefsache.

Meine Damen und Herren, jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was daraus geworden ist. Aufgrund persönlicher Animositäten zwischen den Chefs Dr. Rüttgers und Herrn Oettinger, seinem Amtskollegen aus Baden-Württemberg,

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

haben ganz entscheidende Weichenstellungen an dieser Stelle nicht stattgefunden.

Das kann ich heute nicht ausblenden, Herr Kollege Klein. Diese Weichenstellung hätte damals passieren müssen. Weil sich niemand aus der Landesregierung wirklich nachhaltig darum gekümmert hat, ist unsere Bank dann ungeschützt in diese Krise hineingeschlittert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für diese Situation in der Krise tragen ausschließlich Sie von dieser Regierung die Verantwortung – namentlich Dr. Rüttgers und Dr. Linssen. Sie haben jede fachwirtschaftliche und fachwissenschaftliche Kompetenz ausgeschlagen. Sie haben sie vermissen lassen. Sie haben alle Ratschläge – auch der anderen Eigentümer, der Sparkassenverbände und der Landschaftsverbände – ausgeschlagen. Sie haben entweder gar nicht gehandelt oder kurz vor Jahresschluss zu spät, indem Sie in den letzten Amtstagen von Herrn Koch Hals über Kopf versucht haben, eine Fusion mit der Lan-

desbank Hessen hinzubekommen. Das ist ebenfalls gescheitert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Klein, deshalb können Sie sich – ich sage es noch einmal – heute nicht hier hinstellen und uns auffordern, diesen Weg zu begleiten. Das geht nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auf der Zuschauertribüne sitzen die Vertreterinnen und Vertreter der Steuerzahler in NRW. Sie sollen jetzt der Regierung Dr. Rüttgers aus der Bredouille helfen und für 5 Milliarden € Garantie für mögliche Ausfälle, von denen wir nur 1,2 Milliarden € von den anderen Eigentümern zurückbekommen, mit ins Boot geholt werden.

Meine Damen und Herren, das sind – darauf habe ich bereits hingewiesen – 10 % des gesamten Geldes, das das Land Nordrhein-Westfalen innerhalb eines Jahres zu verteilen hat.

Wir halten dies – jetzt wird es sehr differenziert, lieber Herr Kollege – für eine unverantwortlich hohe Summe, die wir politisch für zurzeit nicht vertretbar halten, weil sie zehn Jahre lang den Steuerbürger in Nordrhein-Westfalen belasten wird.

Ich sage ausdrücklich und in aller Klarheit: Nachdem diese Regierung die WestLB derart in die Sackgasse gefahren hat, ist der Risikoschirm mit der Auslagerung der Verluste in eine Zweckgesellschaft sicherlich ein guter Weg. Das ziehen wir überhaupt nicht in Zweifel. Sicherlich ist diese Lösung zurzeit die richtige und ohne Alternativen.

Ich halte aber ausdrücklich dagegen: Dazu hätte es nicht kommen müssen,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

wenn vor einem Jahr auch gerade Sie in der FDP-Fraktion verstanden hätten, worum es gegangen ist – gerade Sie.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Gegenruf von Ewald Groth [GRÜNE]: Träumer!)

Dass der Steuerbürger in Nordrhein-Westfalen jetzt für diese Versäumnisse bezahlen soll, dem können wir heute nicht zustimmen. Denn die Auswirkungen auf den Landeshaushalt sind nicht kalkulierbar.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wenn in einigen Monaten, vielleicht auch erst in wenigen Jahren, wegen der Garantie Millionen in

die WestLB fließen müssen und wir deshalb in der Kinder-, Jugend- oder Sozialpolitik einsparen müssen, trage ich die politische Verantwortung dafür nicht; diese Verantwortung trägt der Verursacher.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben uns das Ganze intensiv angeguckt. Wir haben uns auch die europarechtliche Seite angeschaut. Bis heute können wir nicht sagen – ich glaube, niemand in diesem Saal kann das –: Was wird aus dieser Operation? Wie wird sie europarechtlich letzten Endes ausgehen? Was passiert, wenn die EU-Kommission diesen Weg letztendlich doch nicht begleitet und eine Auflage formuliert, die Bank oder Teile der Bank zu verkaufen und zu privatisieren? Dann haben wir mit dieser Garantie aus dem Landeshaushalt die Braut schön gemacht und zahlen vielleicht noch für diese Bank, obwohl wir selbst nicht mehr Miteigentümer sind. Auch diese Situation halte ich für nicht verantwortbar.

Abschließend: Wir werden unsere Zustimmung auch deshalb nicht geben, weil wir bis heute nicht genau wissen: Wie sieht das Geschäftsmodell aus? Wo soll es mit der Bank hingehen? Ich hatte gerade gesagt, vor einem Dreivierteljahr hat es eine Lösung gegeben. Es gibt zurzeit keine Perspektive mit Ausnahme derjenigen, zulasten der Sparkassen ein neues Geschäft zu kreieren. Das halten wir für nicht verantwortbar.

Unabhängig davon möchte ich ausdrücklich festhalten, dass das Finanzministerium in den letzten Tagen in umfassender Weise Auskünfte geliefert hat – wann immer die Parlamentarier Auskünfte haben wollten. Gar keine Frage, das ist positiv.

Für uns bleibt, wie gesagt, allerdings offen, wohin das Geschäftsmodell geht. Für die Steuerbürger bleibt offen, was aus der Operation im Landeshaushalt langfristig wird. Die Transparenz ist bis heute nach draußen nicht möglich. Wir kennen die vielen Gründe. Wenn wir heute den Text des Gesetzentwurfs sehen, sind es neun Zeilen, die uns von 5 Milliarden € Verantwortung trennen. Deshalb werden wir für die SPD-Fraktion dem Gesetzentwurf heute nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Entscheidung über den vorliegenden Nachtragshaushalt wird der Parlamentsvorbehalt der Landesbürgschaft – eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Gültigkeit der Garantie – wegfallen, und wir werden den Risikoschirm über 5 Milliarden € bestätigen. Um es vorwegzunehmen: Die FDP-Fraktion wird das so unterstützen und beschließen.

Wir wissen, dass die WestLB damit noch nicht über den Berg ist.

(Martin Börschel [SPD]: Nett gesagt! – Gegenruf von Minister Dr. Helmut Linssen: Wer im Glashaus sitzt!)

– Herr Kollege Börschel, da war das mit dem Glashaus und den Steinen. Jedenfalls wissen Sie, dass das ein notwendiger Schritt ist. Mit diesem Risikoschirm hat die Bank wieder Stabilität und eine Perspektive gewonnen. Die WestLB ist ganz ohne jeden Zweifel in etwas ruhigeres Fahrwasser zurückgekehrt.

Wenn ich daran erinnern darf: Es war in der Vergangenheit hilfreich, dass wir bei wichtigen Fragen – über Grenzen von Opposition und Koalition hinweg – immer versucht haben, im Interesse der Bank, des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen, der Beschäftigten der WestLB, der Kunden und der Sparkassen gemeinsame Lösungen zu finden.

Das heute zu beschließende Nachtragshaushaltsgesetz hat dieses Parlament dank der konstruktiven Mitarbeit in kürzester Zeit passiert. Dafür will ich mich, zumindest was das zeitliche Verfahren angeht – es war ein sehr straffes Beratungsverfahren –, ganz herzlich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition bedanken und, was den inhaltlichen Teil angeht, bei der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie dem Finanzministerium. Die Zustimmung zu der Risikoabschirmung ist ohne Alternative. Das haben auch die Experten in der von uns gemeinsam durchgeführten Anhörung sehr deutlich unterstrichen. Die übrigen Eigentümer haben ebenfalls nachdrücklich darum gebeten, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

(Martin Börschel [SPD]: Selektive Wahrnehmung!)

Ich bin deswegen sehr traurig, dass wir diesmal den gemeinsamen Weg, den wir in der Vergangenheit fast immer gesucht und letztlich auch gefunden haben, auch zu den Zeiten, als wir noch Opposition waren, nicht hinbekommen, weil Sie

sich diesem konstruktiven Weg verschlossen haben.

Gestatten Sie mir deswegen zwei, drei Anmerkungen zu den von der Kollegin der Opposition, Frau Walsken, gerade dargestellten Argumenten, die teilweise auch in das Beratungsverfahren im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht wurden:

Es würde zu weit führen, das in aller Ausführlichkeit darzustellen. Aber die Sachverständigen haben ausdrücklich festgestellt, dass es aus steuerlichen, aufsichtsrechtlichen, aber insbesondere fachlichen Gründen sinnvoll ist, die Zweckgesellschaft am Finanzplatz Dublin und nicht in Mönchengladbach zu errichten. Auch die kommunale Familie hat sich mit diesem Standort explizit einverstanden erklärt.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie entscheiden ja auch über den Landeshaushalt!)

Die Sachverständigen haben dies alle einvernehmlich getan. Selbst diejenigen, die sich als Fans deutscher Standorte geoutet haben, haben in der Anhörung klar gesagt, dass der Finanzplatz Irland ohne Alternative ist.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Es war leider kein Kommunaler da!)

Wenn hier teilweise durch Zwischenrufe, teilweise durch Redebeiträge darauf eingegangen wird, das Ganze sei ein Manöver zulasten der Sparkassen, muss ich Sie darauf hinweisen, dass die Sparkassen mit dieser Verständigung, mit dieser Vereinbarung völlig einverstanden gewesen und diesen Weg ausdrücklich mitgegangen sind.

Ich will auch daran erinnern, wie es wäre, diesen Risikoschirm nicht auszubringen und stattdessen die Risiken entsprechend der Eigentumsverhältnisse an der WestLB AG, also mehrheitlich bei den Sparkassen, zu belassen. Ich möchte nicht wissen, welche Kommentare Sie dazu abgeben würden. Ich will nur klar sagen: Es wäre aus unserer Sicht für die Sparkassen eine nicht vertretbare Belastung gewesen. Deswegen werden wir dem Risikoschirm und der disquotalen Übernahmehaftung zustimmen.

Kollegin Walsken führte gerade an, sie hätte hier vor einem Jahr ein überzeugendes Geschäftsmodell präsentiert. Meine geschätzte Kollegin, dazu kann man einfach nur feststellen: Offensichtlich gibt es zwei unterschiedliche Standpunkte. Wir sehen die Weggabe der WestLB nach Baden-Württemberg eben nicht als ein überzeugendes Geschäftsmodell an. Keine der in Rede stehenden Fragen wäre dadurch beantwortet.

Wenn wir hier darüber diskutieren, wie das Geschäftsmodell der WestLB aussehen kann, dann muss man auch festhalten, dass seit vielen Jahren – auch zu den Zeiten, als Sie politische Verantwortung in diesem Land getragen haben – Weichenstellungen für ein Geschäftsmodell der WestLB getroffen wurden, die sich im Nachhinein als nicht tragfähig oder zumindest als nicht ausreichend tragfähig erwiesen haben.

Meine Damen und Herren, hier wird immer wieder behauptet, die Landesregierung habe kein Konzept. Die Verständigung unter den Eigentümern beinhaltet ausdrücklich, dass die Eigentümer jetzt gemeinsam ein Geschäftsmodell entwickeln müssen. Hier obliegt sicherlich auch dem neuen Vorstandsvorsitzenden Hilgert, dem man an dieser Stelle nur eine glückliche Hand für die Lenkung der Geschicke der WestLB wünschen kann,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Gute Besserung!)

die Aufgabe, den Eigentümern entsprechende Vorschläge dahin gehend zu unterbreiten, wie sich die WestLB im Geschäftsfeld positionieren kann und muss. Wir werden das hier im Parlament sicherlich konstruktiv begleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einmal auf den Punkt hinweisen, der jedenfalls unserer Meinung nach tragfähig ist. Wir alle hegen die Hoffnung, dass sich diese Risikobürgerschaft nicht vollständig realisiert. Ich sage allerdings ausdrücklich, dass die WestLB und die Sparkassen mit ihren vielen Arbeitsplätzen ohne diesen Garantieschirm am Rande des Abgrunds stünden. Sie wären gefährdet, und deshalb werden wir uns an dieser Politik zulasten der Kommunen und der Sparkassen, die Sie hier nochmals skizziert haben, nicht beteiligen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das haben Sie schon vor Monaten gesagt, und jetzt werden Leute entlassen!)

Wir wollen und werden den öffentlich-rechtlichen Bankensektor weder zerschlagen noch ausverkaufen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Zu Tode pflegen!)

Alle in der FDP wissen um die Bedeutung des deutschen Sparkassenwesens für die Versorgung der Bevölkerung und des Mittelstandes mit Finanzdienstleistungen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Haben Sie das mit dem Papke abgestimmt?)

Herr Präsident, ich komme damit zum Schluss. – Herr Prof. Paul vom Lehrstuhl für Finanzierung

und Kreditwirtschaft der Ruhr-Universität Bochum hat in seiner Stellungnahme zur Anhörung vom 5. Mai unter Bezugnahme auf Aussagen der Deutschen Bundesbank festgestellt, zur Stärkung der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Verbundes von Entwicklungen an den internationalen Kapitalmärkten biete sich die Einräumung einer Möglichkeit an, Privatinvestoren aus der Region stärker an den Kreditinstituten zu beteiligen.

Dem Gesetzentwurf stimmen wir zu, den Änderungsanträgen der Grünen mit Blick auf die Bedeutung von Nachhaltigkeit und Haushaltskonsolidierung nicht. Sie haben es nämlich immer noch nicht verstanden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Grünen hat jetzt Herr Abgeordneter Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Freimuth, Herr Klein und insbesondere Herr Finanzminister Linssen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen von CDU und FDP, Sie haben sich das Dilemma mit der Bank eingebrockt. Wir reden seit über einem Jahr darüber. Jetzt müssen Sie die Suppe auch auslöffeln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie werben hier immer so dafür, als ob wir die nationale Verantwortung mit übernehmen müssten. Sie haben das Ganze versemmt. Sie haben nicht das einzig richtige Konzept übernommen, das auch in der Zukunft tragfähig wäre. Sie werden darauf noch zurückkommen, aber Sie haben es nicht von uns übernommen. Das einzige Konzept, das hier tragen könnte, wäre ein Zusammenschluss der Landesbanken in der Bundesrepublik Deutschland auf gleicher Augenhöhe. All das hätten Sie haben können. Das haben Sie durch Zaudern und Zögern versemmt, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese Landesregierung war nicht in der Lage, mit den anderen Eigentümern zusammen eine Richtung einzuschlagen. Wie auf einen toten Esel ist auf den Finanzminister und die Landesregierung eingeredet worden, endlich diesen Weg zu gehen. Das haben Sie nicht getan, und jetzt sollen wir gemeinsam mit Ihnen diese bittere Suppe auslöffeln. Mit uns Grünen jedenfalls nicht! Wir haben

Ihnen immer gesagt, wie es geht. Sie werden in einem halben Jahr wieder dastehen und uns folgen müssen, meine Damen und Herren.

Diesen Nachtrag zum Haushalt 2008 haben wir schon am Schluss der Beratungen über den Haushalt 2008 angekündigt. Wir haben gesagt, dass einer kommen muss. Denn schon damals haben Sie nicht Vorsorge betrieben. Insofern ist dies der erste kleine Erfolg für die Bündnisgrünen hier im Hause.

Allerdings erledigen Sie auch in diesem Nachtragshaushalt nicht einmal die wichtigsten und kleinsten Hausaufgaben. Sie reden hier nur über bzw. beantragen nur den Risikoschirm. Ich komme später noch zu den anderen Sachen, die man auch noch regeln müsste, weil sie drängen. Aber auch diesbezüglich zaudern und zögern Sie. Sie handeln nicht, und Sie stellen keine Transparenz her, Herr Finanzminister. Auch die Koalitionsfraktionen sind nicht in der Lage, Sie bei der Hand zu nehmen und zu sagen: Mein lieber Herr Minister, hier in Nordrhein-Westfalen wollen wir transparente und zeitnahe Haushaltspolitik machen. – Auch das bekommen Sie nicht hin.

Sie bilden hingegen einen Schirm für die Risiken bei der Landesbank. Der einzige Effekt, der dadurch eintritt, ist, dass Sie das Risiko sozialisieren. Das Risiko von 5 Milliarden €, das bei der Bank gelegen hat, wird jetzt auf alle Steuerbürgerinnen und Steuerbürger Nordrhein-Westfalens verteilt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: So ist das!)

Ich will Ihnen gar nicht beschreiben, was man mit dem Geld – es ist ja bislang nur Risiko – machen könnte. Aber es wird noch in Münze umgesetzt, und zwar nicht in klingende Münzen, die uns in die Kassen fallen, sondern in Münzen, die aus dem Landeshaushalt fließen. Dieses Geld können wir nicht verausgaben für warmes Mittagessen in den Schulen. Wir können es nicht verausgaben für Weiterbildung beispielsweise im Bereich Ökologie. Wir können es nicht verausgaben für Schulbücher für Kinder von Hartz-IV-Empfängern.

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

Aber das diskutieren wir vielleicht noch einmal ein anderes Mal.

Was Sie jetzt mit dem Risikoschirm erreichen, wenn Sie ihn heute hier beschließen, ist eine kurze Atempause bis zum 08.08.2008. Es ist irgendwie seltsam, dass es eine Schnapszahl ist. Das ist nämlich überhaupt nicht lächerlich und auch kein Grund zum Feiern und Anstoßen. Vielmehr sind

es nur noch 80 Tage bis dahin, meine Damen und Herren.

Manche haben es in der Vergangenheit geschafft, in 80 Tagen um die Welt zu reisen, Herr Finanzminister. Sie haben mit Herrn Rüttgers zusammen hier schon bewiesen, dass Sie auch noch die nächsten 80 Tage in dieser Frage zögern und zaudern und diesen Zeitraum versammeln werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihnen hat die EU jetzt schon hinsichtlich der Rettungsbeihilfe aufgegeben, ein richtiges Restrukturierungsprogramm vorzulegen. Das werden Sie in dieser Zeit nicht schaffen, weil Sie noch nicht einmal angefangen haben. Es gibt nicht einmal ansatzweise Überlegungen dazu, wie man denn die Bank in eine sichere Zukunft führen will, wie sie in der Zukunft wettbewerbsfähig sein soll und wie man, obwohl man sie unterstützt hat, nicht Marktanteile von anderen wegwettbewerbt. Stattdessen kommen Sie immer noch mit solchen Ideen, die IKB kaufen zu wollen. Ja, wovon denn eigentlich, meine Damen und Herren? Sie wollen sozusagen dem sinkenden Schiff noch ein zweites anhängen, um es noch weiter herunterzuziehen. Sie dürften dafür ja überhaupt kein Geld haben. Man kann doch keine Rettungsbeihilfe beantragen und im nächsten Augenblick noch ein Stück von der angeschlagenen IKB kaufen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wird man jedenfalls in Brüssel so nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren. Wenn man eine Rettungsbeihilfe braucht, dann steht die Bank am Rande des Abgrunds. Da stand sie auch. Dann hat man aber nicht die Ressourcen, dann könnte kein Investor noch zukaufen, jedenfalls keine untergehende zweite Bank.

Meine Damen und Herren, Sie haben in dieser Frage kein Konzept. Sie werden zurückkommen zum Konzept Zusammenschluss der Landesbanken auf Augenhöhe bundesweit. Das wird auch in den nächsten fünf Jahren passieren. Je früher Sie das anerkennen und das Konzept der Grünen übernehmen, umso besser. Die Zeit läuft. Man wird Sie danach beurteilen, ob Sie endlich aufhören mit der Intransparenz und mit dem Zögern und Zaudern.

Der zweite Nachtrag wird kommen müssen. Sie werden für KiBiz Vorsorge treffen müssen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Das machen Sie heute nicht. Sie werden 50 Millionen € bereitstellen müssen – das ist doch

auch klar bei den Anmeldezahlen –, damit Eltern ihre Kinder tatsächlich wie versprochen unterbringen können. Das tun Sie heute nicht. Die Eltern und die Träger wissen nicht, wie sie es machen sollen. Kindergartenträger, Kommunen und Eltern wissen es nicht. Sie tun heute nichts. Das versäumen Sie.

Sie treffen keine Vorsorge dafür, dass unsere Steuerverwaltung auch bei vollen Schreibtischen ihrer Aufgabe gut nachkommen kann. Steuerhinterziehung, -verkürzung und sonst etwas können so zur Tradition werden in Nordrhein-Westfalen. Nicht einmal Liechtenstein hat Sie in dieser Frage bekehrt. Auch in diesem Zusammenhang tun Sie bei diesem Nachtrag nichts.

Ich komme zum Thema Nettoneuverschuldung. Den Zahn will ich Ihnen einmal ziehen, Herr Klein. Die Nettoneuverschuldung – das ist doch das Intransparenteste überhaupt. Das nenne ich Täuschen, Tricksen und Verschleiern. Sie rühmen sich immer der zurückgehenden Nettoneuverschuldung in Nordrhein-Westfalen. Die ist doch überhaupt nicht wirklich ernsthaft zurückgegangen. Gucken Sie sich das doch einmal an! Sie geben reihenweise mehr Geld aus.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben Steuermehreinnahmen. Das, was Sie an der Nettoneuverschuldung gedrückt haben, das haben Sie den Kommunen abgenommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das heißt, Sie haben die Verschuldung bei den Kommunen verursacht, in ungeahnter Größenordnung. Ich rechne Ihnen das auch gerne vor.

(Angela Freimuth [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Wenn Frau Freimuth noch eine Frage hat, beantworte ich die auch gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Ja, Herr Groth, das haben Sie richtig beobachtet. Frau Freimuth würde gerne eine Frage stellen. Wollen Sie das zulassen?

Ewald Groth (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Kollege und Herr Präsident! Wenn ich die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen richtig verstanden habe, wollen Sie definitiv die Neuverschul-

dung in Höhe von rund 700 Millionen € erhöhen. Ist das richtig?

(Volkmar Klein [CDU]: Schuldenstaat! Hört, hört!)

Ewald Groth (GRÜNE): War das schon die Frage? – Frau Freimuth, Sie können ja lesen. Der Zusammenhang ist folgender: Sie enthalten den Kommunen im Umfang von 220 Millionen € Anteile an der Grunderwerbsteuer vor. Sie enthalten ihnen ersparte Wohngeldmittel in Höhe von 400 Millionen € vor, die eigentlich bei den Kommunen sein müssten. Diese 400 Millionen € dürften nicht im Landeshaushalt verbleiben. Die gehören den Kommunen. Wenn Sie sie den Kommunen nicht geben und damit die Nettoneuverschuldung im Land herunterdrücken, dann haben Sie nicht konsolidiert und gespart, und dann sind Sie nicht die Drücker der Nettoneuverschuldung, sondern dann haben Sie verschuldet, dass in den Kommunen

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

im Umfang von 400 Millionen € neue Schulden aufgenommen werden müssen. Das ist ungefähr so, als würde der Familienvater sagen, er habe gespart, denn er habe seinem Nachbarn etwas aus der Tasche genommen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

So geht es nicht, Frau Freimuth.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So macht man keine Haushaltspolitik, zumindest keine ehrliche Haushaltspolitik. Das ist nicht nur intransparent, das ist Tricksen, Täuschen und Verschleiern. Dafür steht diese Landesregierung mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen in Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Groth, Herr Klein hat den Wunsch nach einer zweiten Zwischenfrage. Das wäre dann die letzte Zusatzfrage. Möchten Sie die zulassen?

Ewald Groth (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Klein.

Volkmar Klein (CDU): Lieber Herr Kollege Groth, bei aller Empathie, mit der Sie jetzt gerade die Situation der Kommunen beschrieben haben, werden Sie aber doch sicherlich in Ihrer sonst so fairen Art bestätigen, dass die Kommunen noch nie so viel Geld vom Land bekommen haben wie über

das aktuelle Gemeindefinanzierungsgesetz in diesem Jahr?

(Zuruf von der SPD: Das ist Steuergeld! – Weitere lebhaftere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Groth darf jetzt antworten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Er hat das Wort.

(Martin Börschel [SPD]: Wir möchten aber alle antworten!)

– Das geht aber nicht. Wir sind ja schließlich hier ein Parlament. In einem Parlament redet immer einer nach dem anderen. Jetzt hat Herr Groth das Wort. Bitte schön.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Klein, Sie wissen sehr genau, dass das keine Leistung der Koalition ist, sondern dass das der Wirtschaftsaufschwung ist, der von Rot-Grün im Bund eingeleitet worden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Lachen von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: Ach so! Und deshalb wollen Sie nun die Totalrevision von Hartz IV?)

Das sind die Ergebnisse einer Reformpolitik, die man wirklich Reformpolitik nennen kann. Ansonsten haben Sie den Kommunen nur Geld weggenommen. Sie haben die Kommunen um 1 Milliarde € jährlich strukturell sozusagen rasiert. Das Geld haben Sie für den Landeshaushalt vereinahmt. Das muss Ihnen angerechnet werden. Das wird Ihnen auch in jeder Kommune gesagt werden. Das sind die Fakten.

Trotz der gigantischen Steuermehreinnahmen aufseiten des Landes, Herr Klein, haben Sie dann noch den Schneid gehabt, bei den Kommunen das Geld abzuzocken. Und jetzt sind Sie nicht einmal in der Lage, den Beamtinnen und Beamten ab 1. Januar 2008 das Geld zu zahlen, das ihnen eigentlich zustehen würde. In Bayern wird es gezahlt. Die Tarifangestellten kriegen ihr Geld. Aber die Beamten sind abgehängt worden.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

– Ja, ja, ja. Natürlich haben wir die Beamten belastet. Rot-Grün hat ihnen das Weihnachtsgeld gekürzt. Rot-Grün hat ihnen auch das Urlaubsgeld gekürzt.

Sie haben im Wahlkampf versprochen, das noch am Tag der Wahl rückgängig zu machen. Und was haben Sie getan am Tag der Wahl oder kurz danach? – Sie haben diese Kürzungen bei den Beamten noch einmal verstärkt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben das zu Zeiten getan, zu denen die Steuereinnahmen wirklich gesunken sind. Was tun Sie bei steigenden Steuereinnahmen? – Dazu will ich nur sagen: Es gibt hier in Nordrhein-Westfalen einen Arbeiterführer. Der heißt mit Namen Rüttgers. Aber er führt Arbeiter erster und zweiter Klasse.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Arbeiter erster Klasse sind für ihn Rentner und Hartz-IV-Empfänger. Bei denen kann er nämlich nichts machen, denn dafür sind wir überhaupt nicht zuständig. Arbeiter zweiter Klasse sind für ihn unserer Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen. Das ist der A6er im Justizvollzugsbereich. Das ist der Polizist, der jeden Tag Leib und Leben für uns riskiert. Für diese Arbeiter des Landes Nordrhein-Westfalen im Beamtenstatus hat dieser Arbeiterführer nichts übrig und Sie als Koalition bis heute auch nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deshalb tun Sie gut daran, die 1.000 € Einmalzahlung hier heute mit uns zu beschließen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Für die Landesregierung hat Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei Herrn Klein bedanken, der noch einmal an die Gemeinsamkeit dieses Parlaments erinnert hat.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist mal umgekehrt!)

Es sind viele Neue im Parlament, die die letzte Legislaturperiode vielleicht nicht mehr so in Erinnerung haben. Für die darf ich sagen – für die anderen ist es natürlich gegenwärtig –, dass wir als Opposition selbstverständlich sowohl die Verluste, die die WestLB zu ihrer Zeit gemacht hat – das waren in drei Jahren 4,8 Milliarden € –, als auch effektiv angefallene Risiken – das heißt, nicht nur Risiken, sondern schlagend gewordene Risiken – mitgetragen haben

(Gisela Walsken [SPD]: Die waren nicht im Aufsichtsrat!)

und dass wir selbstverständlich bei der Risikoabsicherung über 2,2 Milliarden € bei der NRW.BANK für die dort vorhandenen WestLB-Anteile staatsbürgerlich richtig gehandelt haben.

Es tut mir leid, meine Damen und Herren von der Opposition, dass ich Ihnen sagen muss, dass Sie hier die Interessen des Landes zutiefst vernachlässigen.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Ah ja?)

Sie gerieren sich in Sachen Sparkassengesetz als diejenigen, die für die Sparkassen und Kommunen eintreten. Wenn die Kommunen und auch die Sparkassenverbände von Ihnen einmal etwas verlangen, nämlich dass Sie jetzt dem Risikoschirm zustimmen, verweigern Sie sich aus der billigsten Überlegung heraus.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wann haben Sie denn mal zugestimmt, Herr Minister?)

Sie glauben nämlich – ich unterstelle Ihnen, dass Sie sogar darauf hoffen –, dass die Risiken schlagend werden,

(Martin Börschel [SPD]: Das ist unverschämt! – Gisela Walsken [SPD]: Ganz vorsichtig!)

damit Sie im Wahlkampf das vorführen können, was Herr Groth gerade getan hat, nach dem Motto:

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD)

„Wir haben 50 Millionen € aufwenden müssen. Deshalb kann das Land hier und da nicht die Leistungen, die wir wünschen, geben.“

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich finde diese Haltung zutiefst schäbig. Ich sage Ihnen das ganz deutlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Walsken, vielleicht darf ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie zumindest die Informationspolitik des Finanzministeriums für gut erachtet haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Bitte, kein Problem!)

Es scheinen auch einige Informationen bei Ihnen angekommen zu sein, sonst hätten Sie vielleicht Vorwürfe wiederholt, die Sie noch in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung vorgebracht haben. Das scheint inzwischen erledigt. Bei Herrn Groth scheint es allerdings überhaupt nicht ge-

nutzt zu haben. Das muss ich nun wirklich sagen, Herr Groth.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Groth, wir haben hier keine Debatte über die finanziellen Verhältnisse der Kommunen. Aber der stelle ich mich nun wirklich gern. Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass wir gegenüber 2005 im Jahr 2008 den Kommunen schlicht über 2 Milliarden € mehr geben. Ja, Sie haben sogar recht, dass wir bei der Krankenhausfinanzierung, bei der Grunderwerbsteuer Veränderungen zulasten der Kommunen vorgenommen haben; trotzdem bekommen sie heute über 2 Milliarden € mehr als zu Ihrer Zeit.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist doch Hütchenspielerei, was Sie da machen! – Zuruf von Frank Sichau [SPD] – Weitere Zurufe)

Deshalb sind alle Spitzenverbände in dieser Angelegenheit Arm in Arm mit dieser Landesregierung. Das ärgert Sie maßlos.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhaftes Zuruf)

Ich weiß doch, wie man sich in der Opposition fühlt;

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das sollten Sie mal ablegen!)

ich habe es doch lange genug gemacht.

Ich weiß, wie furchtbar es für Sie ist, wenn all diejenigen, für die Sie sich als Retter aufspielen zu können glauben, trotzdem mit der Landesregierung einig sind, dass sie gut bedient werden. Die Kommunen werden von dieser Landesregierung exzellent bedient.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Groth, Sie haben die Transparenz angelehnt. Mehr Transparenz gab es nie.

(Lachen von der SPD)

Sie sind in der vorigen Legislaturperiode an der Regierung gewesen, und vielleicht erinnern Sie sich noch, wie das Gebaren Ihrer Regierung bei diesen Angelegenheiten war und wie offen wir in diesem Bereich informieren.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Sie haben offensichtlich eine Glaskugel, aus der Sie die Zukunft ablesen können. Herr Groth hat erklärt, wir würden zum Beispiel die Restrukturierungsprogramme auch bis zum 8. August nicht hinbekommen, wir hätten noch 80 Tage Zeit, in der Zeit wären manche Leute um die Welt gereist.

Das hören wir alles sehr gerne, Herr Groth. Aber Sie sollten sehen, was wir seit dem 10. Dezember hier an Umstrukturierungs-, Restrukturierungs- und Verbesserungsarbeit für die WestLB geleistet haben.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Können Sie sehen, was Sie die ganze Zeit geleistet haben?)

Sonst wäre sie nicht da, wo sie heute steht, nämlich Gott sei Dank durch das tiefste Tal der Tränen hindurch. Davon bin ich jedenfalls überzeugt.

(Beifall von CDU und FDP – Hans-Willi Körfges [SPD]: Augen zu und durch!)

Frau Walsken, sowohl Sie als auch Herr Groth haben erklärt, dass die WestLB vor der Wand steht. Ich bitte Sie, sich das noch einmal zu überlegen, denn Ihre Worte werden schließlich auch von anderen gehört. Sie wissen selbst, dass wir gerade durch das neue Management und durch die Schirmbereitstellung sicherlich die Bank aus dem Größten herausgeholt haben. Hier ist völlig zu Recht von den Regierungsfractionen erklärt worden, dass die Bank allenfalls aus dem Größten heraus ist und wir noch viel Arbeit vor uns haben. Aber wir sind jeden Tag und fast jede Nacht dafür unterwegs, um die Perspektiven wiederherzustellen.

Sie rekurren permanent darauf, dass Sie ja eine Lösung und ein Geschäftsmodell angeboten hätten. Das ist nun wirklich sehr interessant. Sie haben erklärt, die LBBW sei die wirkliche Lösung gewesen und die hätten wir leider nicht angenommen. Ja, wir haben uns das sehr gründlich überlegt, selbstverständlich auch Ihre Argumente immer wieder abgewogen, aber Sie wissen auch, dass mit dem LBBW-Modell eine Vertikalisierung verbunden gewesen wäre.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Siehe Rüttgers!)

Das ist das, was Sie permanent ablehnen.

(Gisela Walsken [SPD]: Quatsch!)

– Entschuldigen Sie mal, Sie kennen doch das Geschäftsmodell der LBBW. Sie wollen es nicht hören, weil Sie natürlich so schizophren sind,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schizophren! Wie war die Formulierung?)

dass Sie einerseits gegen Vertikalisierung diskutieren und beim LBBW-Modell die Vertikalisierung natürlich eingekauft hätten. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Die Konditionen stimmten nicht. Sollen wir zu einem Zeitpunkt verkaufen und uns

einbringen, wo der Preis am niedrigsten ist? Ich weiß genau, welche Tiraden Sie hier losgelassen hätten, wenn wir jetzt für'n Appel und'n Ei diese wertvolle Bank, die ja zu Ihrer Zeit so toll gewesen wäre, nach Baden-Württemberg gegeben hätten.

(Gisela Walsken [SPD]: Chefsache, sage ich da nur, Herr Kollege!)

Wir wissen, wie Sie argumentieren.

(Gisela Walsken [SPD]: Der war doch gar nicht dabei!)

Dass Sie schon vor 14 Monaten – angeblich, wie Sie hier vorgetragen haben – das alles geahnt haben, das ist nun die größte Geschichtsklitterung, die Sie überhaupt machen können.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Vor 14 Monaten hatten wir den Monat März. Anfang April wurden die Spread-Geschäfte und die Verluste von 600 Millionen € bekannt. Ja, das war ein ganz herber Schlag. Seitdem stand die WestLB permanent im Fokus.

Sie haben sich, nachdem die Sparkassen LBBW vorgetragen haben, im September auf diesen Dampf gesetzt. Herr Groth war zwischendurch als der neue Sprecher auch einmal kurzfristig anderer Meinung als Herr Sagel, der vorher die Interessen der Grünen in diesem Bereich vertreten hat. Auch dazu kann ich Ihnen alle Zitate bringen.

Frau Walsken, Sie haben erklärt, die Summe sei unverantwortlich hoch. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass 4,8 Milliarden € schon bei Ihnen schlagend geworden sind. Hinzu kommen 2,2 Milliarden € Risiken, die im Übrigen auch schon bei der NRW.BANK mit einem Teilbetrag schlagend geworden sind. Sie wissen, dass der Wert in den Büchern der NRW.BANK nicht mehr 2,2 Milliarden € ist und wir deshalb mit dem Zinsversprechen, das Ihre Regierung gemacht hat, dort haben antreten müssen. Wir gehen dieses Risiko der Schirmgestaltung mit 5 Milliarden € ein, wobei 2 Milliarden € quotat von den anderen Eigentümern rückverbürgt sind.

Sollte es darüber hinausgehen, ist das Land mit 3 Milliarden € im Obligo, für die wir uns gegebenenfalls WestLB-Anteile der anderen Partner geben lassen bzw. auch Bargeld nehmen können.

Das ist etwas, was wir im Interesse des Landes ausgehandelt haben. Deshalb sollten Sie sich noch einmal überlegen, ob Sie, Herr Groth, permanent von „Erpressung“ sprechen. Wir haben am 8. Februar ein gemeinsames Papier beschlossen, dass 1:1 abgearbeitet wird. Ich vermute,

dass Sie über das, was Sie aus dem Sparkassengesetz zur Kenntnis genommen haben, aus Oppositionssicht natürlich nicht so erfreut sind, weil Sie den Krieg nicht ausrufen konnten, den Sie gerne gegen das Sparkassengesetz ausgerufen hätten. Auch das frustriert eine Opposition; das weiß ich aus persönlichem Erleben.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Warten Sie einmal den Tag ab!)

Meine Damen und Herren, das Geschäftsmodell, das entwickelt wird, geht nicht zulasten der Sparkassen. Mittlerweile haben wohl die Sparkassenverbände und die führenden Vertreter im Vorstand alle erkannt, dass man gemeinsam – WestLB mit den Sparkassen – aus dem Markt mehr herausholen kann. So wird das Geschäftsmodell auch aussehen. Sie sprechen von einem Raubzug durch die Sparkassen und gerieren sich als offensichtlich bessere Sparkassenvertreter, die Sie aber nun einmal nicht sind; denn die gewählten Vertreter sind mit dieser Richtung einverstanden. Auch das ist sicherlich für jemanden, der in der Opposition ist, bedauerlich.

Ich bedanke mich für die Unterstützung und bedaure, dass die Opposition diesen Weg nicht mitgeht – aus sehr einsehbaren Gründen, weil sie gerne damit Wahlkampf machen möchte. Wir müssen das ertragen.

Ich bedanke mich für die Unterstützung der Regierungsfractionen und freue mich für unsere Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und die Kommunen, wenn wir am heutigen Tag diesen Schirm ohne Parlamentsvorbehalt zur Verfügung stellen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Für die SPD-Fraktion erhält jetzt der Abgeordnete Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bemerkenswert, dass der Finanzminister im Vergleich zur ersten Lesung des Nachtragshaushalts für sich und seine Rede eine völlig andere Rolle gewählt hat. Beim letzten Mal war er noch ganz der Staatstragende, derjenige, der wenigstens vornehmlich bzw. vorgeblich versucht hat, das Parlament in seiner Breite zu gewinnen. Heute gibt er hier den billigen Polemiker, der im Grunde durch seine Rede deutlich macht, dass er keine Argumente hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Er hat keine Argumente, um ein gesamtes Plenum davon zu überzeugen, dass zwar die Ausgliederung von Risiken in eine Zweckgesellschaft nicht falsch ist – das haben zumindest wir von der SPD schon sehr frühzeitig gesagt –, aber die von Ihnen gewählte Ausgestaltung einer solchen Zweckgesellschaft, ihre haushaltsmäßige Umsetzung und vor allem die Kombination mit Dritttiteln eine Zumutung ist und einfach nicht ordentlich und handwerklich vernünftig gemacht ist, Herr Finanzminister. Das müssen Sie sich vorwerfen lassen. Dafür ist eine solche Debatte auch da, und deswegen will ich das hier sagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Minister Linssen, Sie und noch mehr die Kollegin Freimuth und der Kollege Klein verweisen auf die Expertenanhörung vom 5. Mai. Sie sagen, alle Experten – es waren ja leider längst nicht alle da, weder die kommunalen Spitzenverbände noch die Landschaftsverbände beispielsweise – hätten das ausgestaltete Modell in den höchsten Tönen gelobt. Das grenzt schon an selektive Wahrnehmung.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Angela Freimuth [FDP])

– Frau Kollegin Freimuth, ich will das anhand zweier Zitate offenlegen, die durchaus zeigen, dass einige Experten eher mit Zynismus bzw. einem gewissen Frust an die Debatte herangegangen sind. Beispielsweise sagt Professor Stephan Paul von der Universität Bochum in schonungsloser Offenheit:

„Wir können schon dankbar sein, dass es diesmal nicht die Cayman Islands oder die britischen Kanalinseln sind, ...“

Das zeigt doch im Grunde genommen, mit welcher Herangehensweise sich die Experten diesem Thema genähert haben.

Oder wenn der von der Landesregierung selbst beauftragte Experte einer namhaften Kanzlei sagt – ich zitiere mit Einverständnis des Präsidenten –:

„Ich bin ein großer Freund von deutschen Zweckgesellschaften, weil ich persönlich der Auffassung bin, dass sie das in Deutschland genauso steuerneutral gestalten können, wie sie es in Irland können. Der wesentliche Vorteil in Irland liegt insbesondere im besseren regulatorischen Rechtsrahmen. Sie haben nicht das Problem,“

– jetzt kommt es –

„dass morgen die BaFin vor der Tür steht.“

Das ist doch ein Hammer.

(Beifall von der SPD)

Man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, dass ein Konstrukt, das die Flucht vor der deutschen Bankenaufsicht implementiert, am Ende der eigentliche und einzige Grund dafür ist, eine solche Gesellschaft in Irland anzusiedeln. Das müssen Sie uns erst einmal anders erklären. Die Flucht vor der eigenen deutschen Bankenaufsicht ist also Ihr eigentliches Motiv, eine solche Zweckgesellschaft in Irland einzurichten. Das ist den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern am Ende nicht zuzumuten.

(Widerspruch von Angela Freimuth [FDP])

Sie haben selbst – das wissen Sie ganz genau, Herr Finanzminister – eine derart komplizierte Konstruktion gewählt, mit Administratoren, mit Managern, diesem und jenem, dass Sie in kürzester Zeit eine eigene Einheit brauchen und implementieren müssen, die diejenigen kontrolliert, die das alles machen. Ich garantiere Ihnen mit Brief und Siegel: Sie müssen eine neue Struktur schaffen, die die Kontrolleure kontrolliert. Anders kommen Sie gar nicht parat. Auch das zeigt doch wieder, wie schwierig Ihre Konstruktion ist.

(Beifall von der SPD)

Ich habe es schon beim letzten Mal zu erklären versucht: Auch haushaltsmäßig ist das, was Sie tun, nicht überzeugend, sondern verschleiern. Zum Stichwort „Kosten“ schreiben Sie auf den paar wenigen Seiten Papier des Nachtragshaushaltsgesetzesentwurfs:

„Durch die Verabschiedung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 entstehen keine Kosten.“

Das ist verschleiern und verkauft nicht nur das Parlament für dumm, sondern auch die Menschen in diesem Land. Sie wie auch wir wissen ganz genau, dass das im Ergebnis falsch ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Andere Akteure wie zum Beispiel die Landschaftsverbände schreiben in ihre Nachtragshaushalte hinein und etatisieren das, was möglicherweise an Risiken im ersten Haushaltsjahr passiert, während wir hier die merkwürdige Situation haben, dass wir zwar gerade erst über einen Nachtragshaushalt beraten, aber schon jetzt bekannt ist, dass Sie einen nächsten Nachtragshaushalt werden vorlegen müssen. Was ist das denn für ein Ding? – Der Finanzminister, der zu Beginn seiner Amtszeit noch erklärt hat, er werde

so gut wie nie Nachtragshaushalte vorlegen, weil das alles ganz schlimm und schrecklich sei, ist jetzt der König der Nachtragshaushalte geworden,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

indem er einen Nachtragshaushalt ankündigt, während wir gerade noch über einen anderen beraten. Das ist wirklich ein dicker Hammer, den Sie dem Parlament nicht erklären können.

Eine ordentliche haushaltsmäßige Umsetzung und Debattenführung im Landtag – wo doch das Haushaltsrecht das vornehmste Recht eines jeden Parlaments ist – können Sie nicht dadurch kompensieren, dass Sie x Gespräche am Rand führen, hier Informationshäppchen werfen, dort Informationshäppchen auslegen. Sie müssen vielmehr dieses Plenum hier informieren, und dies ordentlich und schriftlich und nicht nur irgendwie am Rande.

Zumindest wir von der SPD-Fraktion werden auch nicht die Katze im Sack kaufen; denn das ist das Dritte. Sie verbinden dieses Nachtragshaushaltsgesetz, diesen Risikoschirm durch Ausgliederung in die Zweckgesellschaft mit anderen Dingen, zum Beispiel dem Sparkassengesetz. Sie kündigen in dem Referentenentwurf zum Sparkassengesetz an, dass wesentliche und fundamentale Fragen, die an die Substanz der Sparkasse gehen werden, eben nicht im Konsens mit denen zu regeln sind, es sei denn, Sie drehen noch bei. Sollte das eben die Ankündigung gewesen sein, wäre ich froh.

Ob es das Trägerkapital oder ob es der Zwangsverbund mit der WestLB ist, der endlich das langersehnte Geschäftsmodell geben soll – das sind alles Punkte, die wir nicht im Konsens hinbekommen und die Sie auch nicht im Konsens mit den Sparkassenverbänden hinbekommen. Diese gehen nur deswegen den Weg mit, weil sie in einem Zwangsverhältnis zur Regierung und zum Parlament stehen; denn das Parlament beschließt über das Sparkassengesetz und nicht die Sparkassenverbände selbst.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum Schluss. Herr Finanzminister, deshalb ist in den letzten zwölf Monaten alles so gekommen, wie wir es prognostiziert haben – leider. Es sind Risiken in einer Größenordnung aufgetreten, die Sie immer negiert, verschleiert und schöneredet haben. Es ist ein Restrukturierungsbedarf mit Auswirkungen auf Arbeitsplätze deutlich geworden, von dem Sie uns noch vor Monaten gesagt haben, das sei alles Schwarzmalerei der Opposition. Jetzt kommt es so. Es ist

deutlich geworden, dass kein Geschäftsmodell vorliegt. Dazu haben Sie vor einem halben Jahr oder einem Jahr noch etwas ganz anderes gesagt.

Sie haben immer nur schöneredet, Herr Finanzminister. Sie haben die Augen zugemacht. Sie haben konstruktive Vorschläge aus den Reihen der Opposition verworfen. Sie haben sich am Ende aus Eitelkeit nicht auf ein Modell mit der Landesbank Baden-Württemberg einigen können, weil Sie sich mit dem Ministerpräsidenten nicht einig waren, weil Sie sich mit der FDP nicht einig waren. Jetzt müssen es die Steuerzahler und das Parlament ausbaden.

Deswegen bleibt Ihnen nur noch, in billige Polemik zu verfallen. Deswegen – und das ist das dickste Stück – bleibt Ihnen nur noch, an den Patriotismus der Opposition zu appellieren und zu sagen, wer hier nicht mitmacht, ist ein schlechter Nordrhein-Westfale. Das ist zu wenig. Das ist zu durchsichtig. Das ist peinlich. Deswegen lassen wir uns von Ihnen auch nicht auf diesen Leim locken. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt drängt es mich doch, den rot-grünen Bankenexperten etwas zu zitieren. Es passt wunderbar in die Diskussion hinein. Es heißt mit Erlaubnis des Präsidenten im „Handelsblatt“ von heute:

„Viel wird derzeit diskutiert über Schuld oder Unschuld der Manager der Landesbanken und der Länderfinanzminister des Jahres 2008. ... Besonders von Interesse hierbei ist die Zeit vom 17. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005: Das war die Übergangszeit zwischen der ‚Brüsseler Verständigung‘ und dem Stichtag der daraus folgenden Abschaffung der staatlichen Garantien für die von den Landesbanken ausgegebenen Verbindlichkeiten. ...“

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aber das ist doch die Zeit gewesen, wo Sie Aufsicht geführt haben!)

„Daten der Bundesbank zeigen, dass die Landesbanken in dem so verlängerten Übergangszeitraum ihre staatlich garantierten Verbindlichkeiten um rund ein Viertel, etwa 100 Milliarden €, erhöhten. Dieser Betrag schließt Garan-

tien für Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz nicht ein. ...

Die Intention der deutschen Politiker von damals, darunter Peer Steinbrück, war offensichtlich: Das alte Geschäftsmodell der Landesbanken sollte so lange wie möglich weiterleben. Aus diesem Grunde wurde auch ein ‚grand-fathering‘ vereinbart, ...“

Meine Damen und Herren, diese Analyse belegt ganz eindeutig, wo der Hund begraben ist. In den guten Zeiten sind die Fehler gemacht worden. Wir müssen sie heute ausbaden.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

– Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen auch das noch zitieren:

„Dabei völlig übersehen wird der alte Bankengrundsatz: Bad loans are made in good times.“

Schlechte Anleihen sind in guten Zeiten gemacht worden. – Seien Sie also einmal ganz friedlich!

Herr Kollege Groth, ich komme zu Ihren Ausführungen zum Nachtragshaushaltsgesetz. Ich habe mir gerade einmal den Kommunalrundbrief Ihrer Fraktion gegriffen. Unterschrieben wurde er damals noch von Frau Löhrmann und Rüdiger Sagel. Es ging um die Kommission, die Frau Prof. Färber geleitet hat. Darin schlagen Sie eindeutig vor, dass im Personalbereich massiv gespart werden muss. Sie wollten 20.000 Stellen abbauen. Sie wollten bei Versorgungsleistungen kürzen. Und jetzt kommen Sie mit solchen populistischen Dingen daher! Das geht nicht.

Frau Kollegin Kraft ist jetzt auch anwesend. Das veranlasst mich noch zu einer Bemerkung. Frau Kollegin Kraft, Sie haben am 20. Februar in voller Kenntnis des Rettungspaketes für die WestLB an dieser Stelle folgende Erklärung abgegeben:

„Wir bleiben für diese Gespräche offen. Wir wissen, dass es eine schwierige Situation ist. Aber es geht um unser Land. Daher muss es meines Erachtens möglichst gemeinsam an einem Strang ziehen.“

Und noch deutlicher:

„Wir haben eine kurzfristige Rettungsaktion, die wir auch mittragen werden, mittragen müssen genauso wie die Anteilseigner, die Landschaftsverbände, die Sparkassen, aber auch die indirekt mitbetroffenen Kommunen.“

Also, Frau Kollegin Kraft: Versprochen – gebrochen. Die Verbände werden das aufmerksam registrieren; wir natürlich auch.

Eines kann ich Ihnen sagen: Mit einem solchen Zickzackkurs gewinnt man keine Sympathien. Wenn Sie so weitermachen, können Sie sich bald die 18 auf die Schuhsohlen pinseln. Davon bin ich fest überzeugt.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist Ihr Koalitionspartner mit der 18!)

Ich komme zu dem, was Kollege Börschel vorhin gesagt hat. Ich muss es ganz kurz und holzschnittartig machen; ich habe nicht mehr Zeit. Herr Kollege Börschel, Sie haben gesagt, wir wollten an den Patriotismus der Opposition appellieren. Nach Ihrem Verhalten kann ich dazu nur eines sagen: Dass Sie keine Patrioten sind, haben Sie unter Beweis gestellt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Manchmal wünscht man sich, dass bestimmte Mehrheiten zum Tragen kommen. Leider kommen sie nicht zum Tragen.

(Unruhe – Glocke)

Herr Weisbrich, nur zur Erinnerung: Das war ein Kommissionsbericht und kein Fraktionsbeschluss. Mein Name steht auch nicht darunter. Von daher erzählen Sie wieder ziemlich Unsinn.

Zur Sache: Wenn man den Finanzminister erlebt, der die Opposition als schizophren beschimpft, merkt man, wie groß die Nervosität auf der Regierungsbank bei diesem Thema mittlerweile ist. Es gibt keine Transparenz. Deswegen gibt es auch keinen Konsens, mit mir nicht, mit der Linken nicht, offensichtlich mit den anderen Fraktionen im Landtag auch nicht.

Herr Klein, ich kann Ihnen nur sagen: Die Bank ist noch lange nicht aus dem Feuer. Wir erleben die Situation, dass jetzt das Land finanziell bluten muss. Bluten müssen auch die Kommunen. Wir erleben, dass Milliarden im Landeshaushalt nachgeschossen werden sollen.

CDU und FDP, Sie reden davon, dass das beispielhaft sei, was jetzt passiere. Da kann ich nur sagen: Wenn Sie das, was Sie in den letzten drei Jahren, seitdem Sie an der Regierung sind, ver-

schludert haben, als beispielhaft bezeichnen, wenn hier Milliarden auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verzockt werden, dann ist das abenteuerlich, was Sie hier behaupten.

Nur scheibchenweise kommt ans Licht, wie hoch die Verluste bei der WestLB in Wirklichkeit sind. Erst war von einem dreistelligen Millionen-Betrag die Rede; dann sollte es eine Milliarde sein. Mittlerweile ist es ein Risikoschirm von 5 Milliarden €. Wenn hier mit Bilanztricks – „Bilanztricks retten die WestLB“, hat das „Handelsblatt“ geschrieben – die Bank gerettet werden soll, indem man das Ganze ins Ausland verlagert, dann macht das nur eines deutlich: Das ist Flucht vor der deutschen Finanzaufsicht. Das steckt dahinter.

Wir haben erlebt, dass innerhalb der letzten sieben Jahre mit Herrn Stuhlmann der sechste Vorstandsvorsitzende der WestLB gehen musste. Das ist das, was wir hier bei der WestLB erleben. Das sagt auch etwas über die Kontinuität. Wir haben erlebt, dass der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Emmerich gehen musste. Wir haben erlebt, dass der Aufsichtsratsvorsitzende, Rolf Gerlach, gehen musste, übrigens alles CDU-Leute. Das ist schon abenteuerlich, was hier passiert.

In Deutschland erleben wir, dass der Ministerpräsident in Sachsen, Milbradt, mittlerweile gehen musste; wir erleben, dass Herr Huber in Bayern als Finanzminister und CSU-Vorsitzender wackelt. Hier erleben wir ein Linssen-Grinsen auf der Regierungsbank. Herr Linssen tut so, als wäre nichts gewesen, obwohl gerade Milliarden verzockt worden sind – und das im Beisein der Regierung. Das ist das, was wir hier erleben.

Wir erleben auch, dass 1.500 der 5.900 Mitarbeiter gehen müssen. Wir erleben auch, dass

(Erhebliche Unruhe – Glocke)

auf die Kommunen Millionen-Ausfälle zukommen. Wir erleben auch, dass wir drastische Rückgänge bei den Gewinnausschüttungen haben. Wir erleben jetzt, dass die Landesregierung ein neues Sparkassengesetz durchsetzen will, bei dem sie einen Teil des Geschäfts der Sparkassen an sich zieht. Auch das erleben wir hier. Und wir erleben, dass das alles immer wieder zulasten der Kommunen gemacht wird.

Ich komme zum Schluss. – Von daher kann ich Ihnen nur sagen: Das, was Sie hier gemacht haben, ist alles andere als eine tatsächliche Lösung und als Transparenz – im Gegenteil: Es ist abenteuerlich. Es ist ein Desaster, was Sie hier angeordnet haben, und das alles zulasten der Steuer-

zahlerinnen und Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als Nächster hat sich noch einmal Herr Kollege Groth von Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, wenn Sie behaupten, wir hätten ein Interesse daran, dass das Risiko schlagend wird, dann ist das eine Unverschämtheit. Das weise ich mit Abscheu und mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das wäre ungefähr so, als wenn Familienväter aufstehen würden und sagen würden: Ich freue mich darüber, wenn die Kindergartenbeiträge steigen, oder ich freue mich darüber, wenn Bahne und Busse teurer werden, wenn die Schulen und Universitäten noch schlechter werden in Nordrhein-Westfalen und die Studiengebühren steigen. – Das ist Unsinn, Herr Finanzminister. Das wollen Sie der Öffentlichkeit einreden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir werden sehr genau darauf achten, Herr Finanzminister – damit komme ich zum Schluss –, dass im weiteren Verfahren nicht wieder durch Zögern und Zaudern von Ihnen ein vernünftiges Restrukturierungskonzept vermasselt wird, dass uns am Ende die EU vorschreibt, dass wir die Bank verkaufen müssen und dass am Ende für den Verkauf der Bank nichts in der Landeskasse ist und wir das ganze Asset verloren haben.

Herr Finanzminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, darauf werden wir achten. Wir lassen uns die Sparkassen nicht kaputtmachen. Wir reden auch diese Bank nicht schlecht. Sie haben sie vor den Abgrund geschoben, nicht wir.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Dr. Linssen zu Wort gemeldet.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das letzte Wort von Herrn Groth war: Wir lassen uns die Sparkassen nicht kaputtmachen. – Ja, wenn Sie dem Schirm nicht zustimmen und dieses Parlament mit seiner Mehrheit nicht zustimmen würde,

dann stünde es sehr schlecht um die Sparkassen. Das kann ich Ihnen nur sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe mich gemeldet, weil ich noch ein paar Worte zu Herrn Börschel verlieren möchte, weil er das Thema Cayman Islands und Dublin hier noch einmal vorgeführt hat – nach dem sehr billigen Motto: Darauf werden die Leute schon abfahren, denn man weiß, Cayman Islands ist ein Steuerparadies. Herr Börschel, Sie wissen ganz genau – wir haben zimal versucht, Ihnen das zu erklären –, dass es deshalb passiert ist, weil die Kompetenz und die Expertise, so wie es Ihnen die Experten auch erklärt haben, in Dublin oder sogar auf den Cayman Islands zuhause sind und deshalb auch die Bundesregierung die Verbriefung der Postpensionen in Dublin hat vonstatten gehen lassen. Das wissen Sie alles sehr genau, denn so klug sind Sie, Herr Börschel. Trotzdem versuchen Sie hier, mit dieser ganz billigen Methode irgendwelche Emotionen zu erregen.

Sie haben auch Herrn Bartsch aus dem Protokoll nicht vollständig zitiert. Es tut mir leid: Wenn Sie etwas vortragen, tragen Sie es bitte in Zukunft geschlossen vor, damit sich das Parlament auch die richtige Meinung über die Zitate bilden kann!

(Zurufe von der SPD)

Im Übrigen muss Sie doch schließlich überzeugen, selbst wenn Herr Bartsch gesagt hat, da haben Sie die BaFin vor der Tür – so haben Sie das zitiert –: Das ist deshalb so, weil sich die BaFin wegen der Bankeigenschaften von solchen Gesellschaften sehr schwer tut. Da gibt es einschlägige Urteile. Ich glaube, das wissen Sie auch. Und Herr Sanio – fragen Sie ihn bitte! – hat uns den guten Rat gegeben: Geht entweder auf die Cayman Islands oder geht nach Dublin, weil ihr es mit der Expertise in der Schnelligkeit nirgendwo anders hinbekommt!

Sie haben dann erwähnt, wir müssten eine eigene Einheit etablieren. Ja, bei 23 Milliarden muss man sehr sorgfältig aufpassen. Es ist angekündigt, dass wir selbstverständlich die Gesellschaft, die das managt, auch durch eigene Leute kontrollieren lassen.

Dann haben Sie als weiteren Punkt angeführt, im Nachtragshaushaltsentwurf heiße es: keine Kosten. Und Herr Groth hat auch wieder gesagt, es werde sicherlich noch ein zweiter Nachtrag vorgelegt werden müssen. – Den haben wir mit der Vorlage des ersten Nachtragshaushalts angekündigt, weil wir Ihnen genau erklärt haben – Sie wissen es, und trotzdem tragen Sie etwas anderes vor –,

dass PIMCO Allianz als Asset-Manager dabei ist, das Portfolio zu strukturieren und zu modellieren, und wir dann zuverlässiger sagen können, ob und gegebenenfalls mit welchem Betrag wir haushaltsmäßig Vorsorge treffen müssen.

Herr Börschel, Sie haben versucht zu insinuierten, dass der Schirm nicht das Einzige sei, sondern Unheil auch über andere Dinge auf die Sparkassenlandschaft zukäme. Sie haben das Sparkassengesetz erwähnt. Ich erwähne das Geschäftsmodell, die Restrukturierung, den Konsortialvertrag, das neue Management – alles, was wir in den letzten Wochen nach vorne gebracht haben. Natürlich ist es im Interesse des Landes, das einen solchen Schirm gibt – 3 Milliarden € über die quotale Beteiligung anderer hinaus –, auch andere Punkte zu regeln. Wir tun es im Konsens – Sie werden es erleben – mit den von Ihnen Zitierten.

Wenn Sie das aufregt und Sie deshalb glauben, nicht zustimmen zu können, dann ist das schade. Wir werden damit leben müssen, und wir werden diese Unterstützung den Kommunen und den Sparkassen geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Linssen. – Es liegt noch eine Wortmeldung der Kollegin Walsken vor.

(Gisela Walsken [SPD]: Wie viel Redezeit habe ich noch?)

– Alle Fraktionen habe ihre Redezeit überzogen. Die SPD hat um 1 Minute 11 Sekunden und die Landesregierung um 2 Minuten 4 Sekunden überzogen. Das heißt, Sie haben noch eine Redezeit von einer knappen Minute.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich verzichte!)

Gibt es andere Wortmeldungen? – Nein. Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache **14/6757** ab. Wer ist für den Änderungsantrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache **14/6766**. Wer ist für den Änderungsantrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Die SPD. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des frakti-

onslosen Kollegen Sagel ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6767**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, SPD und der fraktionslose Kollege Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Viertens kommen wir zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6768**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, SPD und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Wir kommen fünftens zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6769**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD. Damit ist dieser Antrag bei Enthaltung der SPD mit Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6770** ab. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich der Stimme? – Wiederum die SPD. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen siebtens zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6771**. Wer ist dafür? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der fraktionslose Kollege Sagel. Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen achtens zur **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/6710**. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 14/6470 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist dafür? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und der fraktionslose Kollege Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/6469 in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von der CDU)

Gemäß § 73 Abs. 1 in Verbindung mit § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass

wir die dritte Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung durchführen. Das tun wir hiermit.

Beratungsgrundlage für die dritte Lesung ist die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 14/6710. Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen also unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/6470 entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/6710. Er empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse zum Nachtragshaushaltsgesetz anzunehmen. Wer ist dafür? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und der fraktionslose Kollege Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 14/6710 mit den Mehrheitsstimmen der Koalitionsfraktionen im Hause angenommen und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/6470 in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen neuntens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6772**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der fraktionslose Kollege Sagel. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD. Mit den Mehrheitsstimmen der Koalitionsfraktionen und des Kollegen Sagel ist dieser Entschließungsantrag der Grünen **abgelehnt**.

Ich bedanke mich für die Beratung und Abstimmung.

Ich rufe auf:

6 Staatswaldverkauf stoppen

Eilantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6751

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 13. Mai 2008 fristgerecht diesen Eilantrag eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Remmel das Wort.

(Unruhe)

– Ich bitte die Kollegen, leise aus dem Saal zu gehen. – Herr Remmel, Sie haben das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit